

Kampf um jeden Arbeitsplatz – bei Behr, KBA und anderswo

Während Banken und Konzerne wieder Rekordgewinne melden, haben Zehntausende von Beschäftigten in der Region aufgrund von Kurzarbeit und Lohnverzichtvereinbarungen weniger Einkommen. Aus Kurzarbeit wird für immer mehr Kolleginnen und Kollegen Arbeitslosigkeit. Beispiel Kühler-Behr: Das Werk 8 in Feuerbach mit seinen 200 Arbeitsplätzen soll dicht gemacht werden. In der Verwaltung und Entwicklung droht 180 Kolleginnen und Kollegen die Kündigung.

Wir meinen: es darf keine Entlassungen, keine Überführung in eine Transfergesellschaft, keinen Abbau durch Abfindungen oder Frühpensionierung geben. Alle Arbeitsplätze müssen verteidigt werden. Es gibt keinen sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau. Denn nicht nur die jetzt Beschäftigten sondern auch die Auszubildenden und die nächsten Generationen brauchen eine berufliche Perspektive. Und es kann nicht sein, dass ArbeiterInnen und Angestellte wie Nomaden befristeten und unsicheren Arbeitsplätzen hinterherziehen.

Verzicht lohnt sich nicht

Wie viele andere Belegschaften haben die Kollegen bei Behr seit Jahren immer wieder gegen das Versprechen, die Arbeitsplätze zu sichern, Zugeständnisse gemacht. Mit dem einge-



Bild: Roland Hägele

sparten Geld haben die Manager anderswo profitablere Parallelproduktion aufgebaut. Die Quittung dafür bekommen jetzt die Kolleginnen und Kollegen an hiesigen Standorten. Ihnen sagen die Manager eiskalt: Ihr seid überflüssig. Wir sagen: nicht die Beschäftigten, sondern die Unternehmer sind überflüssig.

Wir bezahlen nicht für die kapitalistische Krise

Die Familie Behr hat nach 100 Jahren Firmengeschichte ein Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro und gehörten zu den 100 Reichsten in Deutschland. Angeblich hat das Behr-Unternehmen 524 Millionen Euro Schulden. Bevor die Bücher vor der Belegschaft nicht offen gelegt werden, um das zu überprüfen, glauben wir nichts. Und wenn es Schulden

gibt, dann muss die Frage beantwortet werden, wo die Gewinne der Vergangenheit sind? Was kassieren Behr und die anderen Eigentümer? Was zocken die Banken für die Schulden ab? Wenn diese Abzocker nicht bereit sind, ihr Unternehmerrisiko zu übernehmen, muss nachgeholfen werden. Auf den Feldern wurden Bauern für den Bau der Messe enteignet. Es ist allerhöchste Zeit, dass die Arbeitsplatzvernichter von ihren luxuriöser Vermögen enteignet werden und nicht die Beschäftigten von ihren existentiell nötigen Löhnen und Arbeitsplätzen. Der Einstieg von Mahle bei Behr, macht die Lage nicht besser. Den Preis für die Beteiligung zahlen am Ende die Beschäftigten beider Werker. Wir meinen: das Geschachere um Belegschaften muss aufhören.

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Die Unternehmer sagen, wir können die Kapazitäten nicht mehr auslasten, es sind zuviel Leute an Bord. Dann sagen wir, es gibt nicht zu viel Leute, sondern zu lange Arbeitszeiten. Die Arbeitszeit muss auf 30-Stunden und weniger reduziert werden. Die Arbeitsbedingungen müssen humanisiert werden.

IGM muss in die Offensive

Es ist Aufgabe der IGM einen konsequenten und entschlossenen Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung zu organisieren. Dabei muss die IGM-Basis im Betrieb entscheiden, was wann wie passiert und jederzeit voll über Verhandlungen informiert bzw. an Verhandlungen beteiligt sein. Dass die Belegschaft von Behr kampffähig ist, hat sie in der Geschichte und in jüngster Vergangenheit mehrmals bewiesen. Zuletzt im Dezember mit der zweimaligen kurzfristigen Besetzung der B10/27 zum Pragsattel.

Alle Behr-Werke in Kampf einbeziehen

Es reicht nicht wenn die unmittelbar von Arbeitsplatzvernichtung betroffenen Werke kämpfen. Die IGM muss die Solidarität aller Behr-Belegschaften gegen Arbeitsplatzvernichtung und Verzichtspolitik herstellen. Wenn ein Unternehmen mit 6.500 Beschäftigten durch einen gemeinsamen Kampf lahmgelegt wird, dann geht das an die Profite und hat schnell Auswirkungen auf die gesamte Autoindustrie.

Behr, Mahle, KBA MetalPrint - alle gemeinsam

Nicht nur bei Behr, sondern in vielen anderen Betrieben, stehen Arbeitsplätze auf der Kippe: KBA MetalPrint, Mann+Hummel, Getrag, Index/Traub, Läpple, AEG, Heller, Kelch, Kolbenschmidt, Schaudt, Siemens...

Es ist allerhöchste Zeit, dass nicht mehr jede Belegschaft für sich, sondern alle gemeinsam kämpfen und der Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung mit dem Kampf gegen S 21 verbunden wird. Ein eintägiger regionaler Generalstreik wäre dafür ein wichtiger und notwendiger Schritt.

Wer kämpft, kann gewinnen

Bei Opel Bochum hat die Belegschaft im Jahr 2004 gegen die Androhung von 4.000 Entlassungen, gegen Auslagerung und die versteckte Drohung der Werksschließung eine Woche lang eine Betriebsversammlung abgehalten. Mit Erfolg. Angesichts des entschlossenen Kampfes der Opelianer sagte ein GM-Manager damals: „Wenn man alle Fakten in Betracht zieht, müssten wir Bochum schließen“....“Aber wie sollen wir das anfangen?“ (FAZ 12.10.04) Im IGM-Extranet wurde am 26.4. die Meldung verbreitet, dass die Belegschaft einer Wäscherei in Glückstadt den Betrieb besetzt hat, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Roland Hamm, der Erste Bevollmächtigte der IGM Aalen/Schwäbisch Gmünd hat bei der Protestkundgebung am 24.4.2010 vor 10.000 S-21-Gegnern erklärt, dass der mittlere Schlossgarten besetzt werden müsste, um die Bäume vor den Baggern zu retten, und dass es auch richtig sei, Betriebe zu besetzen, um Arbeitsplätze zu verteidigen.

Wenn die Behr-Kollegen den Kampf für ihre Arbeitsplätze konsequent führen, wird das ein Signal sein für andere Belegschaften, sich dem Kampf anzuschließen. Im Nachbarbetrieb KBA MetalPrint sind die Kolleginnen und Kollegen in einer ähnlichen Situation wie bei Behr. 39 Kolleginnen und Kollegen wurde gekündigt. 31 weitere sollen gekündigt werden.

Solidarität ist unsere Stärke

Über den Aufbau eines Solidaritätskomitees, über den Metallertreff und die Gewerkschaftslinken kann schnell die Soli-



darität in anderen Betrieben und der gesamten Bevölkerung hergestellt werden. Die Montagsdemos gegen Stuttgart 21 können genutzt werden, um die Situation in den Betrieben tausenden von widerständigen Menschen zu erklären und den Kampf gegen S 21 mit dem Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung zu verbinden. Für den 12. Juni ruft das Bündnis „Wir bezahlen nicht für Eure Krise“ zu einer landesweiten Demonstration gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung auf. Die Mobilisierung für diese Demonstration könnte um ein vielfaches verbessert und die Schlagkraft der Demo enorm erhöht werden, wenn bis dahin Belegschaften den Kampf in den Betrieben aufnehmen.

Wenn die bestehenden Arbeitsplätze nicht verteidigt werden, dann wird Feuerbach zur industriellen Wüste und droht dem ganzen Mittleren Neckarraum die Deindustrialisierung ähnlich wie in Ruhrgebietsstädten oder der Autostadt Detroit.

Systemfrage stellen

Wenn die Unternehmer sagen, Krise und Konkurrenzkampf zwingt sie dazu Arbeitsplätze zu vernichten und Lohnkosten zu senken, spricht das nicht für Arbeitsplatzvernichtung und Lohnsenkung, sondern gegen das Profit- und Konkurrenzsystem. Wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln dazu führt, dass der Masse der Bevölkerung die Existenzgrundlage entzogen wird, dann müssen die Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt werden. Belegschaften, die die Betriebe aufgebaut haben, sind in der Lage, Produktion und Verwaltung selbst zu organisieren. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Deshalb muss die Diktatur der Banken und Konzerne abgeschafft und durch eine echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft ersetzt werden. Nicht umsonst wurde nach den Erfahrungen der Krise in den 30er Jahren und des Zweiten Weltkriegs in die IGM-Satzung (§ 2, Absatz 4) geschrieben: „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu organisieren. IGM-Funktionäre und Betriebsräte, die sich der Logik des Kapitalismus unterwerfen, sorgen dafür, dass die Beschäftigten in der Logik dieses Systems zu den absoluten Verlierern werden. Die Krise des Kapitalismus nimmt kein Ende, es sei denn wir machen dem Kapitalismus ein Ende.

Wichtige Termine:

Montagsdemo gegen Stuttgart 21

Jeden Montag von 18.00 bis 18.30 am Nordausgang des Hauptbahnhofes

Metallertreff

Betriebliche Kämpfe in Krisenzeiten

Dienstag, 18. Mai 2010

18.00 Uhr, Nebenraum der Kellerschenke

Kneipe des Gewerkschaftshauses in der Willi-Bleicher-Str. 20.

Nicht auf unserem Rücken

Landesweite Demo

Samstag 12. Juni 2010

11.00 Uhr Demozug durch die Stuttgarter Innenstadt

12.30 Kundgebung

Vi.S.d.P.: Ursel Beck, Terrotstr. 33, 70374 Stuttgart